

Glücklicherweise ist die Spaltung doch nicht nötig gewesen. Sie haben sich überzeugen lassen, dass sie sich auf verkehrtem Wege befanden. Der Anblick des Parteitag war allerdings auch sehr überzeugend in diesem Sinne. Während der Rede Gorters sassen sieben Achtel der Delegierten kalt und unerschütterlich da, nur aus den Reihen der Zuschauer ward ihm Beifall gezollt; als er aber einmal ein Zitat von Troelstra verlas, das er kritisieren wollte, da begrüßte der Parteitag das Zitat mit donnerndem Beifall. Erfreulicherweise wurden die Gefühle der Delegierten stark beeinflusst durch die grossen Sympathien, welche die hervorragenden Personen der *Nieuwe-Tijd*-Gruppe in der Partei als Menschen genossen. Frau Roland-Holst, van der Goes, Wibaut, Gorter, das sind Persönlichkeiten, gegen welche nicht so schnell die Leidenschaften entfesselt werden. Das hat nicht wenig dazu beigetragen, die Diskussion, welche in einer Anzahl von Sektionen sehr heftig gewesen war, auf dem Parteitag auf einer würdigen Höhe zu halten. Und das ist keine geringe Sache. Ich habe das Gefühl, dass die niederländische Sozialdemokratie wieder guten Zeiten entgegengeht.

XX

## EDMUND FISCHER · SOZIALDEMOKRATISCHE MITTELSTANDSPOLITIK



KEIN Zweifel; die Frage der Mittelstandspolitik ist wieder aktuell geworden, und die Bedeutung der gegenwärtigen Mittelstandsbewegung unterschätzen, wäre kurzsichtig und würde sich schwer rächen. Ganz besonders gibt das Resultat der letzten Reichstagswahl der Sozialdemokratie eine Veranlassung, wieder einmal der Mittelstandsfrage näher zu treten. Denn das hat die Wahl jedenfalls gezeigt, dass der Mittelstand bei den Wahlen im allgemeinen noch den Ausschlag gibt. Und meiner Ansicht nach wird er noch sehr lange eine ausschlaggebende Bedeutung im politischen Leben haben.

Die Enttäuschung über das Resultat der letzten Reichstagswahl ist nichts anderes, als eine Enttäuschung darüber, dass die bisher in der Sozialdemokratie vorherrschende Anschauung über die Entwicklung des Proletariats und des Mittelstandes eine irrige war. Die Verelendungs- und Katastrophentheorie (die Zuspitzungstheorie!) hat man, als es gar nicht mehr anders ging, Schritt für Schritt zurückweichend, schliesslich preisgeben müssen. Ihre hartnäckigsten Verteidiger haben zwar bis zum heutigen Tage dies noch nicht offen zugestanden, sie maskierten ihren Rückzug durch allerhand Verkläuterungen. Aber die Tatsache steht fest, dass diese Anschauung den Weg der *Überlebungs* gegangen ist und in unserer Partei keine offene Vertretung mehr findet. Nur hat man sich bisher noch geseheit, die Konsequenzen aus dieser veränderten Situation zu ziehen. Immer noch sucht man — ohne es offen auszusprechen — die Entwicklung unserer Bewegung auf die als trügerlich erwiesene Voraussetzung aufzubauen, dass immer grössere Massen des Volkes ins Proletariat geschleudert, also Lohnarbeiter werden, das Elend immer grösser, wenigstens relativ grösser werde, der Mittelstand völlig verschwinde und schliesslich, in gar nicht ferner Zeit, der Zustand eintrete, dass nur noch verhältnismässig

wenige grosse Besitzer von Produktionsmitteln einem ungeheuren Proletariat gegenüberstehen, wir also nur die Proletarier, die Lohnarbeiter, für uns zu gewinnen brauchen, um zum Siege zu gelangen. Demgegenüber sehen wir aber einen neuen grossen Mittelstand — der zum grossen Teil aus dem Proletariat herauswächst — heranreifen und sich zwischen Proletariat und Kapital schieben. Wer Augen hat, kann das nicht leugnen; man kann nur darüber streiten, ob diese Schicht als Mittelstand angesehen werden könne oder nicht. Deshalb muss man sich erst über den Begriff klar werden.

In unserer Presse und in unseren Versammlungen wurde bisher mit dem Worte *Mittelstand* so operiert, als sei darunter nur das Mittelding zwischen Besitzlosigkeit und grossem Reichtum, ein mittlerer Besitz, etwa ein Geschäftsmann mit 50 000 bis 100 000 Mark Vermögen, zu verstehen. Und wir haben den kleinen Handwerksmeistern, Krämern, Bauern, Beamten usw. zu beweisen versucht, dass sie ja gar nicht zum Mittelstand gehören, sie seien ja auch nur Proletarier. Wissenschaftlich war das zwar falsch, marxistisch war es nicht; aber richtig war und ist es immerhin, dass ein Teil dieser Elemente materiell nicht besser gestellt ist, als ein leidlich entlohnter Fabrikarbeiter, und viele dieser kleinen selbständigen Existenzen und Beamten gingen auch bisher mit der gegen das grosse Kapital und die bürokratische, kapitalistische Regierung kämpfenden Sozialdemokratie. Bisher, sagte ich; denn bei der letzten Reichstagswahl schwenkten die meisten dieser Mittelständler ins gegnerische Lager ab, und zwar war es ihnen ganz egal, welcher politischen Partei sie ihre Unterstützung liehen; sie, die lange für uns gestimmt hatten, gingen plötzlich mit einem ihnen bisher fremden Eifer und politischem Interesse gegen die Sozialdemokratie, die Partei der Arbeiter, vor. Und nicht nur kleine Geschäftsleute, Handwerker und Bauern, auch Werkmeister, Kontorbeamte, mittlere Staatsbeamte, Zugehörige *liberaler Berufe* und Intellektuelle, die früher für uns gestimmt hatten, schlossen sich diesmal der Parole gegen die Sozialdemokratie an. Wenn man den materiellen und idealen Ursachen dieser Erscheinung auf den Grund geht, kommt man schliesslich zu einem festen, umfassenden Begriff *Mittelstand*, man lernt aber auch die Grösse und Bedeutung dieses Mittelstandes kennen und diejenigen seiner materiellen und ideellen Interessen würdigen, die sich nicht nur mit einer vernünftigen Arbeiterpolitik vereinbaren lassen, sondern als eine Ergänzung sogar dazu gehören, und deren Berücksichtigung den grössten Teil des Mittelstandes mit der Zeit veranlassen wird, sich der Arbeiterpartei, statt einer kapitalistischen Partei anzuschliessen.

Im Reichstage donnerte einmal — das heisst zum etwa hundertsten Male — Dr. Oertel gegen die Warenhäuser, Konsumvereine usw., und er begründete seine zünftlerischen Forderungen mit dem Hinweis darauf, dass diese zur Erhaltung und Förderung eines gesunden und kräftigen Mittelstandes notwendig seien, ohne sie werde letzterer noch mehr, als bisher, verschwinden und das Staatswesen dadurch an den Abgrund gelangen. Graf Posadowsky antwortete, mit künstlichen Mitteln der Gesetzgebung, insbesondere nicht mit alten, überlebten Einrichtungen, liesse sich der natürliche Gang der wirtschaftlichen Entwicklung nicht aufhalten; aber an Stelle des alten sähen wir einen neuen Mittelstand sich entwickeln. Dr. Oertel meinte in seiner Erwiderung, worauf Graf Posadowsky hinziele, das wäre kein Mittelstand, dessen Voraussetzung ein solides Besitztum, eine wirtschaftliche Unabhängigkeit sei.

Wenn nur solche Existenzen zum Mittelstand gezählt werden sollen, die ein solides Besitztum an Produktionsmitteln aufzuweisen haben und wirtschaftlich unabhängig sind, dann allerdings würde eine relative — keine absolute! — Abnahme des Mittelstandes zu verzeichnen sein. Aber dann bleibt immer noch eine Millionen zählende Schicht übrig, die weder zur Kapitalistenklasse, noch zum Proletariat gezählt werden kann, die sich wirtschaftlich, zum Teil ganz bedeutend, über das Niveau des Proletariats erhebt, die ständig im Wachsen ist, wirtschaftlich, sozial und politisch einen grossen Machtfaktor darstellt, eine grosse, immer mächtiger werdende Mittelschicht, welche sich den wirtschaftlich gleichmachenden Tendenzen der Arbeiterbewegung entgegenstemmt und, obwohl selbst zum grossen Teil aus der Arbeiterklasse hervorgegangen, sich in letzter Zeit politisch immer mehr von den Arbeitern entfernt. Und wer die ganze Grösse dieser Schicht kennen lernen will, der sehe nur einmal die Wählerlisten nach und zähle da die Prokuristen und Direktoren, Buchhalter und Reisenden, Werkführer und Zeichner, Agenten und Ärzte, Architekten und Künstler, Lehrer und Handwerksmeister, Wirte und Krämer, Bauern und Gärtner usw. usw.: die Zahl dieser Existenzen ist viel grösser, als man sich leicht hin vorstellt! Die Gesamtheit dieser Elemente, die alle keine eigentlichen Lohnproletarier sind, betrachtet sich selbst als *Mittelstand*, und es ändert nichts an der Sache, ob wir das zugeben oder nicht: sie ist eine Mittelschicht zwischen Proletariat und Kapital, die man als einen *neuen Mittelstand* bezeichnen kann. Politisch schliessen sich dieser Schicht diejenigen Arbeiter an — und ihre Zahl ist nicht gering —, deren einziges Streben ist, in diesen Mittelstand emporzusteigen, und die die Hoffnung noch nicht aufgegeben haben, dies einmal zu erreichen.

Eigentlich hat jeder Arbeiter — und auch jeder sozialdemokratische Arbeiter — wenigstens in jüngeren Jahren, und zwar ganz selbstverständlich, das Streben, aus dem Proletariat empor auf ein höheres Lebensniveau zu steigen, und glückt ihm das nicht selbst, so bemüht er sich, wenigstens seine Kinder emporzuheben. Die grosse Masse erreicht dies freilich nicht; aber Tausende, Hunderttausende der Mittelständler sind aus dem Proletariat hervorgegangen, der abstrakten Auslegung einer sonst richtigen Theorie ein Schnippchen schlappend. Wohl sinken viele Kinder dieser Mittelständler auch wieder ins Proletariat hinab, um entweder später wieder emporzusteigen oder *unten* zu bleiben; viele bleiben aber auch *oben* oder steigen höher, und ein wachsendes Aufsteigen aus dem Proletariat in diese Mittelschicht ersetzt nicht nur die Fallenden, sondern vermehrt ständig den Mittelstand. Über dessen Grösse und Wachstum vermochte uns allerdings die Statistik bisher noch kein richtiges Bild zu geben, weder die Berufsstatistik, noch die Steuerstatistik, diese unzutreffendste aller Statistiken.

Die Gewerbezahlung von 1895 führte neben 9 071 069 männlichen Arbeitern 582 407 männliche *Angestellte*, höhere Gehilfen (Aufsichtspersonal usw.) an. Aber zu diesen *Angestellten* sind nur die technisch gebildeten Betriebs- und kaufmännischen Verwaltungsbeamten gezählt worden, und unter den 9 071 069 Arbeitern sind auch die zahlreichen Jugendlichen vom 14. Jahre ab und darunter, während die *Angestellten* durchweg erwachsene, ältere Leute sind. Ganz anders sieht das Bild aus, wenn man sich folgendes Zahlenverhältnis von der Gewerbezahlung 1895 ansieht.

In der Industrie gab es folgende männliche Erwerbstätige:

Selbständige . . . . .	1 542 272
Technisch gebildete Betriebsbeamte . . . . .	49 426
Aufsichtspersonal . . . . .	100 895
Kaufmännisches Bureau- und Rechnungspersonal . . . . .	104 100
Mithelfende Familienangehörige . . . . .	12 029
in summa	1 808 722

Arbeiter und Lehrlinge: . . . . . 4 951 380

Die Industrie lieferte bisher der Sozialdemokratie die Kerntuppen und wird es auch fernerhin tun. Aber in den andern Berufsgruppen sieht das Verhältnis ganz anders aus.

Im Handel und Verkehr gab es erwerbstätige männliche Personen:

Selbständige . . . . .	512 364
Verwaltungs- und Aufsichtsbeamte und Bureaupersonal . . . . .	248 140
Mithelfende Familienangehörige . . . . .	9 657
Handlungsgehilfen und Lehrlinge . . . . .	217 044
in summa	987 223

Lohnarbeiter . . . . . 540 485

In der Beherbergung und Schankwirtschaft:

Selbständige . . . . .	128 577
Verwaltungs- und Aufsichtspersonal . . . . .	1 780
Mithelfende Familienangehörige . . . . .	5 749
in summa	136 106

Kellner und Hausdiener . . . . . 95 107

In der Landwirtschaft:

Selbständige . . . . .	2 170 116
Wirtschaftsbeamte . . . . .	29 122
Aufsichtspersonal . . . . .	27 463
Bureaupersonal . . . . .	2 390
Mitwirkende Familienangehörige . . . . .	881 507
in summa	3 119 447

Arbeiter und Knechte . . . . . 2 197 682

In diesen grossen, ausschlaggebenden Erwerbsgruppen beträgt die Zahl der männlichen Selbständigen, des technischen, kaufmännischen und Aufsichtspersonals, sowie der mitwirkenden männlichen Familienangehörigen zusammen 6 051 498, die Zahl der Lohnarbeiter 7 784 654. Dabei ist zu beachten, dass die Zahl der erwachsenen Arbeiter in der ersteren Gruppe naturgemäss relativ bedeutend grosser ist, als in der letzteren Gruppe.

Ein genaueres Bild gibt uns die Berufsstatistik über das Wachsen der selbständigen Existenzen. Die absolute Zunahme der Selbständigen im allgemeinen kann nicht bestritten werden. Die Abnahme von 123 367 Betrieben in der Industrie in der Zeit vom Jahre 1882 bis zum Jahre 1895 beschränkt sich auf die Abnahme der Kleinbetriebe in 7 von 15 Berufsgruppen und der Mittelbetriebe in einer (Bergbau!) von 15 Berufsgruppen. Dieser Abnahme steht eine Zunahme der Selbständigen im Handel und Verkehr um 182 484, in der Gast- und Schankwirtschaft um 64 595 und in der Landwirtschaft um 270 008 gegenüber, so dass nur eine Verschiebung, im allgemeinen aber doch eine starke Zunahme der Selbständigen zu verzeichnen ist. Auch hier findet ein ständiges Aufsteigen aus den Reihen des Proletariats in den Mittelstand statt. Die insgesamt  $5\frac{1}{2}$  Millionen Selbständigen, der *neue Mittelstand*, die Staats- und Gemeindebeamten, die 1895 fast 300 000 betragen, die über 200 000 Lehrer, und die andern *liberalen Berufe*, dazu noch die 1 288 484 Rentner und Pensionäre haben ein bedeutendes Übergewicht über die eigentlichen Lohnarbeiter. Und sich

ausschliesslich auf das direkte Lohnproletariat stützend, würde die Sozialdemokratie stets eine Minderheit bleiben.

Man wird mir nun sagen, die von mir angeführten Mittelständler seien zum grossen Teil nichts anderes als proletarische Existenzen, denen nur noch das Klassenbewusstsein fehle. Ich weiss sehr wohl, dass sehr viele von ihnen wirtschaftlich nicht oder nicht viel besser gestellt sind, als die Arbeiter im allgemeinen. Aber einmal ist der weitaus grösste Teil von ihnen weder in der Theorie, noch in der Praxis zum Proletariat zu zählen, und zweitens muss man die Interessen dieser Elemente nicht nur vom materiellen, sondern auch vom psychologischen Gesichtspunkt aus beurteilen. Und wenn wir die berechtigten Interessen dieser Mittelständler, die mit den Klasseninteressen der Arbeiter nicht im Widerspruche stehen, nicht berücksichtigen, werden wir sie im grossen ganzen nie in unseren Reihen haben, und wenn sie einmal zu uns kommen, laufen sie schliesslich wieder davon.

Selbstverständlich: die Sozialdemokratie ist eine Arbeiterpartei und kann nur Arbeiterinteressen wahrnehmen. Schon die Gewerkschaften und die Genossenschaften geben ihr diesen Charakter. Und diejenigen Mittelständler, die ihre Interessen wahrnehmen wollen zum Nachteile der Arbeiter, unter Hintenanhaltung der Bestrebungen, welche der Masse der Arbeiter Vorteile bringen, gehören nicht in unsere Reihen und werden wir auch nie bei uns haben. Sicherlich, die Krämer, Handwerker, Gastwirte usw., die früher für uns gestimmt hatten, sich vielleicht für gute Sozialdemokraten hielten, haben uns bei den letzten Wahlen den Rücken gekehrt, nur weil sie sich durch die Lohnbewegungen, Konsumvereine, Volkshäuser usw. geschädigt fühlen, also von unserem Wirken im Interesse der Arbeiter, von dem wir kein Tüpfelchen preisgeben können. Diejenigen Selbständigen, die sich mehr als Unternehmer, als Arbeitgeber fühlen, mehrere Arbeiter beschäftigen, werden wir daher in der Regel auch nicht bei uns halten können. Aber die kleineren Mittelständler, die nicht Lohnarbeiter, nicht direkt Proletarier sind, deren Selbständigkeit sich aber mehr auf ihre persönliche Arbeit und Tüchtigkeit stützt, die, obwohl sie vielleicht ein recht gutes Einkommen haben, sich doch als Arbeiter fühlen, nicht als Ausbeuter, diese Elemente werden sich in den kapitalistischen Parteien nicht wohl fühlen. Das zweischneidige Schwert der Streiks wird — davon bin ich fest überzeugt — auch in nicht allzulanger Zeit in der Scheide der Tarifverträge und der Arbeitsämter seinen Platz finden, um nur in selteneren Fällen gezogen zu werden, wie wir das bereits in Australien sehen. Die Krämer werden trotz Warenhäuser und Konsumvereine nicht aussterben, sie werden sich den neuen Verhältnissen anpassen und sich mit der Zeit mit ihnen abfinden, wie die Fuhrleute mit der Eisenbahn. Weder die Gewerkschaften, noch die Genossenschaften werden dauernd ein Hindernis sein, um den grössten Teil der kleinen Handwerker und Krämer für die Arbeiterpartei zu gewinnen. Der kleine Bauer steht aber den Arbeitern gesellschaftlich schon so nahe, dass bei Berücksichtigung seiner Interessen er sich wohl bei den Arbeitern, als bei den Grossgrundbesitzern und Grossindustriellen, fühlen wird. Der *neue* Mittelstand nun gar lebt zum grossen Teil in der Abhängigkeit des Kapitals und empfindet dessen Herrschaft am eigenen Leibe, so, dass er keine Ursache hat, den Sozialismus zu fürchten. Nach weniger die Kommunal- und Staatsbeamten.

Und dann: der grösste Teil dieser Mittelschicht ist durch seine Abstammung

oder sonstige Beziehungen auf das engste mit dem Proletariat verbunden, steht diesem mit seinen Interessen und Lebensanschauungen auch am nächsten. Wenn er ihm politisch dennoch so feindlich gegenüber steht und sich immer mehr von ihm entfernt, so kann das sicherlich nur darin seine Ursachen haben, dass seine besonderen Interessen bei der Arbeiterpartei kein Verständnis finden. Das höchste Interesse dieser Mittelschicht, das alle ihre Mitglieder gemeinsam haben, ist zweifellos ihre Existenzberechtigung. Diese wurde ihr aber bisher von der Sozialdemokratie bestritten. Den kleinen Bauern haben wir dadurch für uns gewinnen wollen, indem wir ihm nachwiesen, er werde zu grunde gehen, vom Grossbetrieb verdrängt werden. Er ist aber nicht vom Grossbetrieb verdrängt worden, und statt zu grunde zu gehen, hat sich der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft ganz wesentlich vermehrt und wirtschaftlich gekräftigt. Der kleine Bauer steht heute besser da, als vor 10 oder 15 Jahren, und wir mussten uns überzeugen, dass die ökonomische Entwicklung in der Landwirtschaft nicht den Weg geht, den die Industrie einschlug. Wenn wir im marxistischen Geiste handeln wollen, müssen wir uns aber auf den Boden der ökonomischen Entwicklung stellen, ganz gleich, welchen Weg die Entwicklung geht. Die Anerkennung dieses Entwicklungsganges, der doch nicht mehr wegzustreiten ist, führt konsequenterweise von selbst zu einer Agrarpolitik, die uns den Bauern näher bringt. Denn unter den  $2\frac{1}{2}$  Millionen landwirtschaftlichen Besitzern befinden sich gut 2 Millionen kleiner Bauern.

Damit gibt man keineswegs den Sozialismus preis. Kurz nach der Reichstagswahl las ich in der *Neuen Zeit*, die heutigen Verhältnisse seien bereits reif, den Sozialismus durchzuführen. Dieser Meinung bin ich nun auch. Nur mit einem kleinen Unterschied. Die Entwicklung der sozialistischen Produktionsform hat nämlich bereits begonnen. Die Eisenbahn, die Post, die anderen staatlichen Betriebe, die zahlreichen Kommunalbetriebe und die genossenschaftlichen Betriebe sind sozialistische Betriebsformen in ihren ersten Anfängen. Den Staats- und Kommunalbetrieben fehlt in Deutschland noch die demokratische Verwaltung, aber nichtsdestoweniger sind sie sozialistische Produktionsformen. Das gleiche gilt für die grossen Trustbildungen. Und anders als auf diesem Wege: durch Kommunalisierung, Verstaatlichung, Vergenossenschaftlichung und planvolle Regelung der Produktion wird sich der Sozialismus nicht durchsetzen. Eine sozialistische Gesellschaft kann auch nicht etwa so gedacht werden, dass alles, vom Bergwerksbetrieb bis zum Künstler, von der Eisenbahn bis zum Flickschuster, *vergesellschaftlicht* ist. Wir leben heute in einer kapitalistischen Gesellschaft, die man so nennt, weil die kapitalistische Produktionsform die ausschlaggebende ist, sie der Gesellschaft den Charakter gibt. Vor 800 Jahren, in der Blütezeit des Feudalismus, hat die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsmethode bereits begonnen. Und heute noch bestehen neben den grossen kapitalistischen Betrieben Millionen nichtkapitalistischer Kleinbetriebe, die zu einem Teile sogar erst durch die kapitalistischen Betriebe hervorgerufen und existenzfähig wurden. Und diese Betriebe, besonders aber die bäuerlichen, werden voraussichtlich noch Generationen und Jahrhunderte bestehen. Eine sozialistische Gesellschaft ist nicht anders zu denken, als dass in ihr die sozialistische Produktionsform die ausschlaggebende ist, neben der aber auch privatkapitalistische Betriebe und Kleinbetriebe weiter bestehen werden.

Soweit Kleinbetriebe bestehen bleiben, erbringen sie den Beweis ihrer Existenzberechtigung. Das Leben ist so mannigfaltig und entwickelt von Tag zu Tag so viele neue Gelegenheiten, dass gewiss auch noch Hunderttausende oder Millionen gewerblicher und kaufmännischer Kleinbetriebe fürs erste bestehen werden. Eine nicht geringe Zahl dieser Kleinbetriebe verdankt ihre Existenz auch zweifellos einer ganz besonderen beruflichen Geschicklichkeit des Inhabers. Ob sich diese kleinen *Krauter* und Bauern alle wirtschaftlich besser oder schlechter stellen, als wenn sie eine entsprechende Stelle in einem grossen Betrieb einnähmen, spielt gar keine Rolle. Sie hängen mit Leib und Seele an ihrer Selbstständigkeit, die ihnen eine grössere Freiheit garantiert und meistens auch ein grösseres Einkommen. Diese Tatsachen erkennen heisst sie anerkennen, heisst damit rechnen. Die Entwicklung der sozialistischen Produktion ist nur auf den Gebieten möglich, auf denen bereits eine Konzentration der Betriebe vorausgegangen ist. In der Landwirtschaft trifft das nicht zu. Der kleinbäuerliche Besitz bleibt bestehen. Und das stört die Entwicklung der sozialistischen Produktion in der Industrie gar nicht. Wenn die Bauern sich zu Genossenschaften zusammenschliessen und durch diese Genossenschaften gemeinsam der sozialistischen Grosseinkaufsgesellschaft ihre Produkte liefern, wie wir dies heute schon sehen, so ist das schliesslich ja auch ein Stück genossenschaftlicher, sozialistischer Produktionsentwicklung.

Der erste Schritt zu einer Mittelstandspolitik gegenüber den kleinen Bauern ist also die Anerkennung der Tatsache, dass in der Landwirtschaft, nach dem bisherigen Gang der Entwicklung zu urteilen, der Kleinbetrieb — auf eigenem Grund und Boden — für die nächste Zeit wird bestehen bleiben. Ohne diese Anerkennung lässt sich keine Politik treiben, die uns den Bauern näher bringt, mit dieser Anerkennung kommen wir mit Leichtigkeit zu einer bäuerlichen Mittelstandspolitik.

In der Industrie, im Gewerbe und im Handel findet eine Konzentration der Betriebe natürlich statt. Hier beginnt aber auch bereits die Entwicklung sozialistischer Produktionsmethoden. Die Kommunalisierung von Betrieben und die Genossenschaften machen merkliche Fortschritte und auch in der Gesetzgebung setzen sich bereits sozialistische Tendenzen durch. Aber die kapitalistische Produktionsentwicklung bewegt sich doch immer noch aufwärts und wird noch lange nicht auf ihrem höchsten Punkte anlangen. Zum Teil trotz, zum Teil auch dank dieser Entwicklung entstehen und halten sich — während andere verschwinden — eine grössere Anzahl kleinerer Betriebe, die eine starke Lebensfähigkeit haben. Und die kapitalistischen Betriebe erzeugen ferner eine grosse Anzahl von Existenzen, die zwar von ihnen abhängig sind, aber sich über das Lebensniveau des Proletariats, zum Teil sogar sehr hoch, emporheben: den *neuen Mittelstand*. Die kleinen Handwerker und anderen Geschäftsleute und der *neue Mittelstand* gehen zu einem grossen Teile aus dem Proletariat hervor. Es findet in der Tat ein ständiges Aufsteigen eines Teiles des Proletariats auf ein merklich höheres Lebensniveau, in den Mittelstand statt. Wenn wir diese Tatsache anerkennen — und sie kann nicht bestritten werden —, dann müssen wir auch dazu übergehen, dieses Emporsteigen als eines der Mittel zu betrachten, das wenigstens einen Teil, wenn nur einen kleinen Teil, der Arbeiter auf ein höheres Lebensniveau führt. Dann müssen wir auch Massregeln befürworten, welche den Arbeitern solches Emporsteigen

erleichtern oder ermöglichen helfen. Hierzu haben wir nicht einmal nötig, zu vielen neuen Forderungen zu greifen. Wir haben auch bisher schon die obligatorischen Gewerbeschulen mit Tagesunterricht, staatliche Lehrlingsausbildungsanstalten usw. verlangt und auch gefordert, dass den begabten Volksschülern der Besuch höherer Schulen, ein Studium, auf Staatskosten ermöglicht werden solle. Auch der Genossenschaftsbildung der Handwerker und Bauern haben wir das Wort geredet. Aber alle diese Forderungen sind völlig in den Hintergrund getreten, und der Klassenkampf ist das e i n z i g e Leitmotiv aller unserer Taktik und Politik geworden. Mittelstandspolitik ist aber keine Politik für die Arbeiter als K l a s s e, sondern als I n d i v i d u u m. Darum handelt es sich: um die Anerkennung der individuellen Verschiedenheiten der Menschen. Diese Anerkennung führt zu einer sozialdemokratischen Mittelstandspolitik.

Der moderne Sozialismus hat nichts mit Gleichmacherei zu tun. Zweifellos kommt der tüchtige Mensch, der Tüchtiges gelernt hat, etwas Tüchtiges leisten kann, eher und leichter auf ein höheres wirtschaftliches Niveau, als der untüchtige. Und der Tüchtige, Leistungsfähige will für seine grössere Geschicklichkeit, für seine höhere Leistung ein Äquivalent haben, besonders ein materielles. Die Menschen kann man in dieser Hinsicht nicht ändern, man muss mit ihren Naturen rechnen, auch für die Zukunft. Der Sozialismus kann daher nicht die völlige wirtschaftliche Gleichstellung aller Individuen erstreben wollen. Die vermeintlichen wirtschaftlich gleichmachenden Tendenzen unserer Bewegung sind es aber, welche die *gehobenen Existenzen* von uns abstossen, ganz naturgemäss zu unseren Feinden machen, obwohl eine sozialistische Produktionsmethode und der Sozialismus im allgemeinen ihnen sonst erstrebenswert erscheint.

Vorstehendes gilt auch von den Kommunal- und Staatsbeamten, die der Sozialismus an sich am wenigsten schreckt, denn sie stehen ja bereits im Dienste der Gesellschaft. Und für die Demokratie sind sie erst recht zu gewinnen, denn gerade sie haben am meisten von der Demokratie zu erhoffen. Der Bauer ist Demokrat von Natur aus, mehr, als der Stadtmensch es ahnt. Und die Kleinhandwerker und Krämer sind den demokratischen Bestrebungen stets zugänglich gewesen, sind es aber heute mehr, denn je. Weder unsere sozialistischen, noch unsere demokratischen Bestrebungen halten die Mittelschicht, den Mittelstand, uns ferne; er verlangt nur das eine: die Anerkennung und daher Förderung des Strebens des Einzelmenschen. Mittelstandspolitik ist also keine Klassenpolitik, sondern, wenn ich mich so ausdrücken darf, *individuelle Politik*. Sie erfordert die Berücksichtigung der individuellen Verschiedenheit der Menschen und die Achtung vor der Individualität. Dazu gehört auch die grösstmögliche persönliche Freiheit und die weitestgehende Toleranz. In dieser Beziehung wird man in unserer Partei Vorkommnisse zu vermeiden haben, die den Schein der Unfreiheit erwecken müssen. Es ist unbestreitbar, dass das Beispiel eine ungemein starke agitatorische Wirkung hat: es kann anziehen und abstossen. Nach dem, was wir selbst tun, beurteilt man unsere Bestrebungen.

Das Fallenlassen der Verelendungs- und Katastrophentheorie erfordert das Eingeständnis, dass die soziale Revolution nichts anderes ist und sein kann, als das Endresultat der wirtschaftlichen Entwicklung und die Gesamtsumme der Reformen, die wir erstreben; das erfordert die Emanzipation von der *revolutionären* Phrase, die völlig überlebt ist, nur Verwirrung anstiftet, unsere praktische Arbeit des Aufbaus stört und uns grosse Massen fernhält, die mit uns bereit



wären, auf dem Wege der Reformen das soziale Elend zu beseitigen und die Demokratie und den Sozialismus zu entwickeln. Das erfordert aber auch die Berücksichtigung des individuellen Strebens des einzelnen, das natürlich nicht zum Nachteile anderer erfolgen darf. Und das ist, was man schliesslich eine *sozialdemokratische Mittelstandspolitik* nennen kann.

XX

## OTTO HUE · DIE ARBEITERAUSSCHÜSSE IN DER PRAKXIS



**V**OR einigen Monaten schrieb ich in dieser Zeitschrift über Arbeiterausschüsse als Arbeitervertretungen. Ich zog dort den Schluss: »Arbeiterausschüsse müssen Organe der gewerkschaftlichen Berufsvereine sein. Sie dürfen nicht — nach dem preussischen Berggesetzmuster — die Arbeiterorganisation verdrängen wollen, sondern müssen sie ergänzen.«<sup>1)</sup> Dass die Bergarbeiterausschüsse in ihrer jetzigen Form nur Dekoration, ja, noch Schlimmeres: Institutionen gegen die gewerkschaftliche Berufsorganisation sind, nach dem Willen der Gesetzesverfasser sein sollen, habe ich nachgewiesen. Natürlich hat dies den klerikalischen Berggesetzstimmern nicht gefallen; waren sie es doch, die den enttäuschten Arbeitern begreiflich zu machen versuchten, die Arbeiterausschüsse seien eine *grosse Errungenschaft*. Inzwischen ist der preussische Berginspektorenbericht pro 1906 herausgekommen. Er gibt die Handhabe zu einer Beurteilung der praktischen Tätigkeit der Arbeiterausschüsse, die nunmehr über ein Jahr ihres Amtes walten. Ich gestehe offen: Trotzallem hatte ich mir von den Arbeiterausschüssen immerhin noch etwas mehr versprochen, als tatsächlich verzeichnet werden kann. Die Berginspektoren haben keinen Anlass, die Arbeiterausschüsse zu verkleinern; im Gegenteil, bei der direkt feindlichen Haltung der preussischen Bergbehörden gegen die gewerkschaftliche Organisation der Bergarbeiter — wobei zwischen *sozialdemokratischen* und *christlichen* kein Unterschied gemacht wird — liegt es ganz im System dieser Behörde, alle Mittel zur Lahmlegung der Gewerkschaften recht wohlwollend zu behandeln. Was wissen die Berginspektoren von der *grossen Errungenschaft* zu berichten?

Eine Anzahl Inspektoren erwähnen die Arbeiterausschüsse mit keinem Wort! Ihre Praxis erscheint also selbst der Bergbehörde nicht einmal erwähnenswert. Charakteristisch ist insbesondere, dass die Inspektoren selbst aus solchen Revieren sich ganz über die Arbeiterausschüsse ausschweigen, wo sie schon vor 1906 existierten, zum Beispiel im Saargebiet; oder wo die gewerkschaftlichen *Hetzer* die Belegschaften noch nicht *beunruhigten*, den Arbeiterausschüssen daher ein unbestrittenes Tätigkeitsfeld blieb, zum Beispiel im Mansfelder Kreise. Damit ist der Beweis — wenn er noch nötig war — dafür bündig erbracht, dass ohne jeden gewerkschaftlichen Hinterhalt die Arbeiterausschüsse erst recht todegeborene Kinder sind. Indem die Berggesetznovelle den Arbeiterausschuss ausdrücklich als eine Einrichtung gegen die gewerkschaftliche Organisation der Belegschaft konstituierte, wurde *co ipso* ausgesprochen: Der Arbeiterausschuss ist als Dekoration gedacht, als Täuschungsmittel für die Arbeiterschaft, der man den Arbeiterausschuss *bewilligte*, wie man Kindern zur Beruhigung

<sup>1)</sup> Vergl. meinen Artikel *Arbeiterausschüsse als Arbeitervertretungen* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 22.